

Berlin/Brandenburg

NACHRICHTEN

Verdi bestreikt Edeka in Berlin und Brandenburg

Die Gewerkschaft Verdi hat zu einem dreitägigen Warnstreik bei Edeka in Berlin und Brandenburg aufgerufen. Die Beschäftigten sollen von Freitag bis einschließlich Montag die Arbeit niederlegen, teilte die Gewerkschaft am Donnerstag mit. Für Freitag hat Verdi auch bundesweit zu einem Warnstreik aufgerufen. Die aktuelle Tarifrunde im Einzelhandel dauert bereits seit Monaten an. Auch zahlreiche Warnstreiks wie etwa direkt vor den Weihnachtstagen konnten die verfahrenere Situation nicht verändern. Für die Kunden hatten die Warnstreiks bisher nur geringe Auswirkungen, weil die Beteiligung am Arbeitskampf eher gering war. Verdi fordert im Einzelhandel unter anderem in allen Regionen mindestens 2,50 Euro mehr pro Stunde und eine Laufzeit von einem Jahr. Je nach Bundesland kommen weitere Forderungen hinzu. (dpa)

Autofahrer stirbt nach schwerem Unfall

Nach einem schweren Unfall in Doberlug-Kirchhain (Landkreis Elbe-Elster) ist ein Autofahrer gestorben. Der 69-Jährige prallte mit seinem Auto am späten Mittwochabend auf der Hauptstraße gegen einen Baum, wie die Polizei am Donnerstagmorgen mitteilte. Alarmierte Rettungskräfte brachten den Mann in ein Krankenhaus, wo er wenig später starb. Die Strafe war während der Unfallaufnahme bis nach Mitternacht voll gesperrt. (dpa)

Wittenberge wird Standort von Kleinstadtakademie



Skyline mal anders: Wittenberge tritt für Anliegen von Kleinstädten ein. IMAGO

Die brandenburgische Stadt Wittenberge soll Standort der ersten Kleinstadtakademie Deutschlands werden. Dafür seien im Bundeshaushalt im laufenden Jahr rund zwei Millionen Euro vorgesehen, teilte das Bundesbauministerium am Donnerstag mit. Mehr als 2.100 Kleinstädte seien im Mai 2023 zu Bewerbungen aufgerufen gewesen. Insgesamt 44 Bewerbungen seien eingegangen. Die neue Akademie solle die erste bundesweite Vernetzungs- und Wissensplattform für Kleinstädte in Deutschland werden, hieß es. Damit solle den Kleinstädten eine zusätzliche Stimme gegeben werden, um ihren Belangen und Ideen stärker Gehör zu verschaffen. (epd)



André Gaufer kämpfte um seine Wohnung im Steglitzer Kreisel. MARKUS WÄCHTER/BERLINER ZEITUNG

Wendepunkt am Steglitzer Kreisel

Käufer einer Eigentumswohnung setzt sich vor Gericht gegen Adler Group durch

ULRICH PAUL

Im Rechtsstreit um die Einhaltung des Kaufvertrages für eine Eigentumswohnung im Steglitzer Kreisel hat sich der 58-jährige Erwerber André Gaufer gegen die Adler Group durchgesetzt. Das Berliner Kammergericht hat die Berufung der Adler Group gegen eine Entscheidung des Landgerichts zurückgewiesen, das Gaufer bereits im Sommer vergangenen Jahres recht gegeben hatte (Az. 27 U 82/23). Das Urteil des Landgerichts ist nach dem Beschluss des Kammergerichts, der vom 12. Februar 2024 stammt, nun „vorläufig vollstreckbar“.

Bauarbeiten ins Stocken geraten

Gaufer zeigte sich am Mittwoch hochzufrieden. Das Landgerichtsurteil, das jetzt rechtskräftig geworden sei, markiere „einen Wendepunkt im Kampf um Vertragstreue und Immobilieneigentum“, sagte er. Es verpflichte die Adler Group, notarielle Vereinbarungen einzuhalten. Dies sei „ein Triumph der Gerechtigkeit“, der zeige, „dass auch Großkonzerne nicht über dem Gesetz stehen“, so Gaufer.

Wie berichtet, hat der 58-Jährige im Jahr 2018 einen Kaufvertrag für eine rund 70 Quadratmeter große Wohnung im Steglitzer Kreisel sowie für einen Stellplatz im Parkhaus auf den Namen seiner Firma Profinance unterzeichnet. Kaufpreis: 623.900 Euro. Spätestens bis Ende Juni 2022 sollte die Wohnung fertig werden. Doch das ist sie bis heute nicht, so wie die übrigen der insgesamt 330 geplanten Wohnungen – weil die Bauarbeiten ins Stocken geraten sind.

Ursprünglich wollte die CG-Gruppe des Unternehmers Christoph Gröner das Projekt realisieren. Doch dann gab es einen Wechsel bei den Projektverantwortlichen. Inzwischen ist die Adler Group Eigentümer des Steglitzer Kreisels. Sie legte Gaufer wie anderen Erwerbern Nachträge zu den Kaufverträ-

Gaufer lehnte eine Unterschrift unter die nachträglichen Änderungen ab und pochte auf Vertragserfüllung. Die Gegenseite erklärte daraufhin den Rücktritt vom Kaufvertrag – mit Verweis auf einen angeblichen Verstoß Gaufers gegen das „Kooperationsgebot“. Vor dem Landgericht konnte sich die Adler

Rechtsanwältin der Adler Group darauf zurück, dass bei der Ermittlung der ursprünglichen Miteigentumsanteile „ein Fehler unterlaufen“ sei, woraufhin die Anteile auf Veranlassung des Grundbuchamts noch einmal neu berechnet werden mussten. Es sei der Adler Group rechtlich nicht möglich, eine Änderung des Miteigentumsanteils herbeizuführen.

Vormerkung im Grundbuch

Das Kammergericht folgte dieser Argumentation nicht. „Die Klägerin“, im vorliegenden Fall André Gaufer, habe „genau die juristischen Personen verklagt, die sie verklagen wollte, nämlich ihre Vertragspartner aus dem Kaufvertrag, mögen sie auch zwischenzeitlich ihre Rechtsform geändert haben“, stellte das Kammergericht fest. Es verwies zugleich darauf, dass das Landgericht offen gelassen habe, wie die „ausgeurteilte Leistung“, also der Kaufvertrag, zu erfüllen ist. Dies bleibe „einem etwaigen Zwangsvollstreckungsverfahren vorbehalten“.

Gaufer sagte, die Adler Group müsse nun die Änderung der Miteigentumsanteile „rückgängig machen und den Steglitzer Kreisel neu aufteilen“. Um seine Rechte zu schützen, dränge er auf eine Eigentumsvormerkung im Grundbuch zu seinen Gunsten. Die Kammergerichtsentscheidung hat aus Gaufers Sicht weitreichende Folgen für Käufer von Wohneigentum: „Dieses Urteil stärkt den Verbraucherschutz, indem es ein deutliches Zeichen gegen unlautere Geschäftspraktiken im Immobiliensektor setzt“, sagt er.

„Dieses Urteil stärkt den Verbraucherschutz, indem es ein deutliches Zeichen gegen unlautere Geschäftspraktiken im Immobiliensektor setzt.“

André Gaufer, Kläger

gen vor, mit denen die Vereinbarungen im Nachhinein geändert werden sollten.

So sollte für Gaufer der mit dem notariellen Kaufvertrag erworbene Stellplatz als Kaufgegenstand entfallen. Stattdessen wurde ihm nur noch „die Möglichkeit zum Erwerb eines Stellplatzes in der Tiefgarage des künftigen Bürogebäudes“ zugesagt, das anstelle des alten Parkhauses geplant ist. Darüber hinaus sollte es weitere bauliche Abweichungen vom ursprünglichen Kaufvertrag geben. Zudem wurde der Fertigstellungstermin von 2022 auf 2024 verschoben und Gaufer sollte einen höheren sogenannten Miteigentumsanteil erhalten, was zum Beispiel eine stärkere finanzielle Beteiligung an künftigen Instandhaltungen mit sich brächte.

Group damit aber nicht durchsetzen. Das Gericht entschied im Sommer 2023, dass die Adler Group mangels Rücktrittsgrund nicht den Rücktritt vom Vertrag habe erklären können. Damit bleibe es bei der ursprünglichen Vereinbarung.

Die Adler Group argumentierte im Berufungsverfahren, dass sich die Klage Gaufers an die falschen Adressaten gerichtet habe: an die Steglitzer Kreisel Turm GbR sowie die Steglitzer Kreisel Parkhaus GbR. Diese seien zu dem Zeitpunkt aber bereits in GmbH umgewandelt gewesen. Die Auffassung des Landgerichts, Gaufer habe ersichtlich seine Kaufvertragspartner in Anspruch nehmen wollen, sei „rechtsfehlerhaft“ gewesen.

Die nachträgliche Änderung der Miteigentumsanteile führte

Gedenkstätte thematisiert Zwangsarbeit

Ausstellung im Gefängnis in der Lindenstraße

Die Gedenkstätte im früheren Potsdamer Gefängnis in der Lindenstraße macht die NS-Zwangsarbeit zum Thema. Die Sonderausstellung „Disziplinieren durch Strafen“ dokumentiert die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte im damaligen Arbeitsamtsbezirk Potsdam und ihre Bestrafung bei Vergehen, sagte Kurator Johannes Leicht bei der Präsentation des Jahresprogramms der Gedenkstätte am Donnerstag in Potsdam. Die Ausstellung soll von September 2024 bis Mai 2025 gezeigt werden und das in Weimar geplante Museum zur Zwangsarbeit im Nationalsozialismus durch einen regionalen Blick ergänzen.

Leicht sagte, Zwangsarbeit sei in der NS-Zeit in Potsdam überall sichtbar gewesen. Im gesamten Stadtgebiet habe es mehr als 70 Zwangsarbeiterlager gegeben, teils mit mehr als 1.000 Menschen wie im Fall der Arado-Werke oder bei dem Unternehmen Orenstein & Koppel. „Ganz Europa findet sich Potsdam“, sagte Leicht. Insgesamt seien im damaligen Reichsgebiet zwischen 1939 und 1945 rund 8,4 Millionen Zwangsarbeiter ausgebeutet worden, die zuvor teils angeworben, teils verschleppt worden seien. In Potsdam sei 1944, vor 80 Jahren, mit mehr als 18.000 Betroffenen eine Höchstzahl verzeichnet worden.

Der Kurator sagte, bei Konflikten mit dem NS-Staat, Gesetzen oder Vorschriften seien oft harte Strafen verhängt worden, auch um andere abzuschrecken. Das Gefängnis in der Potsdamer Lindenstraße habe dabei eine wichtige Rolle gespielt. Dort seien während des Zweiten Weltkriegs in diesem Zusammenhang rund 300 Frauen und Männer aus mehr als 20 Ländern Europas inhaftiert gewesen. In der Ausstellung solle anhand von Biografien inhaftierter Zwangsarbeiter auch die Rolle der regionalen NS-Justiz dargestellt werden. Für die Betroffenen sei die Haft in Potsdam oft zum „Eingangstor“ in die Mühlen des NS-Regimes geworden, sagte Leicht: „Viele überlebten das nicht.“



Die Gedenkstätte Lindenstraße widmet sich der NS-Zwangsarbeit. DPA

In einer Plakatausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur solle zudem bereits im Frühjahr das demokratische Engagement in Ostdeutschland gegen die Errichtung einer Diktatur nach 1945 thematisiert werden, hieß es. Die Gedenkstätte kündigte zugleich an, ihr Angebot inklusiver Führungen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu erweitern. Neben Tastführungen und Führungen in Leichter Sprache sei nun auch ein Angebot für gehörlose Menschen geplant. Dazu werde aktuell ein Gedenkstättenführer in deutscher Gebärdensprache entwickelt.

Gedenkstättenleiterin Maria Schultz sagte, mit fast 20.000 Besucherinnen und Besuchern sei im vergangenen Jahr ein Rekord verzeichnet worden. Bildungsangebote würden ständig weiterentwickelt, um den Interessen gerecht zu werden. (epd)

LOTTO-QUOTEN

Mittwoch-Lotto:
17 - 34 - 35 - 43 - 46 - 48, Sz. 4

QUOTEN

Klasse 1: unbesetzt
Klasse 2: 1 x 1.185.672,30 Euro
Klasse 3: 38 x 10.816,60 Euro
Klasse 4: 234 x 5.235,80 Euro
Klasse 5: 1.551 x 219,10 Euro
Klasse 6: 13.372 x 60,20 Euro
Klasse 7: 27.983 x 24,50 Euro
Klasse 8: 250.224 x 12,90 Euro
Klasse 9: 211.992 x 6,00 Euro

Alle Angaben ohne Gewähr!

Sinkende Biberkurve

Die Ausbreitung der Nager kommt in Brandenburg an ihr Limit

Die Ausbreitung der Biber in Brandenburg stößt nach vielen Jahren der Vergrößerung der Bestände an ihre Grenzen. „Das Siedlungspotenzial ist weitgehend ausgeschöpft“, erklärte ein Sprecher des Umweltministeriums auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur. In längerfristig besiedelten Gebieten zeige sich bereits regional eine Stagnation oder sogar ein Rückgang der Biberpopulation. Weitere Ansiedlungen seien nur noch „in ungünstigeren Habitaten möglich, allerdings in der Regel

nur temporär und nicht als dauerhafte Ansiedlung“, führte der Sprecher aus.

Aktuell werde die Population auf bis zu 3700 Tiere geschätzt, sagte der Sprecher. Die Zahl habe sich seit drei Jahren kaum verändert. Der Bestand entspreche einem günstigen Erhaltungszustand - der Biber sei in der ganzen Mark nahezu flächendeckend verbreitet. Lediglich in gewässerarmen Gebieten vor allem im Süden des Landes gebe es nach Angaben des Sprechers noch Lücken.

Die Ausbreitung habe neben positiven Effekten auf das Ökosystem auch Herausforderungen im Zusammenleben mit dem Menschen mit sich gebracht, so der Ministeriumssprecher. „Durch die Gestaltung seines Lebensraumes kommt es auch in Siedlungsgebieten oder auf landwirtschaftlichen Flächen, die nahe an Gewässern liegen, zu gefällten Bäumen im Garten, überfluteten Flächen oder zu Schäden an vorhandener Infrastruktur.“ Schäden entstünden auch dort, wo durch das Graben des

Bibers Erdbauten einstürzten. Eine Biberbeauftragte wurde eigens einberufen, um unter anderem bei Konflikten zu vermitteln und Lösungen anzubieten.

Für Betroffene gebe es außerdem die Möglichkeit, finanzielle Unterstützung für Präventionsmaßnahmen zu erhalten. Zudem wurden trotz der strengen Schutzvorschriften unter bestimmten Voraussetzungen einige Biber geschossen. Im vergangenen Jagdjahr wurde mit 162 Abschüssen in Brandenburg ein neuer Höchstwert erreicht. (dpa)